



**Landesdelegiertenkonferenz  
der  
Jusos Hamburg  
10. Dezember 2022**



# **Beschlussbuch**



Carlo Hofacker

Landesgeschäftsführer  
Jusos Hamburg

<b>B1</b>	Antragsteller*in:	Juso Landesvorstand
	Beschluss:	Annahme

1 **Umbenennung von „Frauenbeauftragte“ zu „Gleichstellungsbeauftragte“.**

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge beschließen:

4

5 **Forderung:**

6

7 Die aktuellen Richtlinien der Jusos Hamburg werden wie folgt geändert: Der Begriff  
8 „Frauenbeauftragte“ wird durch den Begriff „Gleichstellungsbeauftragte“ ersetzt.

9 Die Aufgabengebiete, die in dem Beschluss der Jusos Hamburg 2019.3/B2 festgelegt  
10 worden sind, bleiben von der Änderung unberührt.

11

12 **Begründung:**

13

14 Der Begriff „Frauenbeauftragte“ impliziert ein binäres Geschlechtersystem. Die JusosHamburg  
15 stehen für einen intersektionalen Feminismus und erkennen an, dass es mehr als zwei  
16 Geschlechter gibt. Somit ist der Begriff „Frauenbeauftragte“ nicht inklusiv genug und nicht mehr  
17 zeitgemäß. Beispielsweise non-binäre Geschlechtsidentitäten werden von dem Wortlaut nicht  
18 erfasst. Wir möchten die Gleichstellung aller FINTA-Personen fördern und mit der  
19 Umbenennung zur „Gleichstellungsbeauftragten“ dies auch in dem Begriff widerspiegeln.

<b>B2</b>	Antragsteller*in:	Jusos Harburg
	Beschluss:	Annahme mit Änderungen

1 **Unisex Toiletten im KuSchu – Für Binarität sind wir zu modern!**

2 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den  
3 Landesparteitag der SPD Hamburg beschließen:

4

5 **Forderung:**

6

7 Die Landesorganisation der SPD Hamburg wird aufgefordert, zu überprüfen inwieweit es  
8 langfristig möglich ist, in der Parteizentrale Kurt-Schumacher-Haus „FINTA“ und „All“ Gender-  
9 Toiletten statt der bisherigen „Damen“ und „Herren“-Toiletten anzubieten. In diesem Rahmen  
10 ist ebenfalls zu prüfen, inwieweit die Toiletten gendergerecht – in einzelne Kabinen – umgebaut  
11 werden können.

12 Sollte dies nicht möglich sein, hat die Landesorganisation der SPD-Hamburg auf all ihren  
13 Parteiveranstaltungen sicherzustellen, dass immer „All-Gender“ und „FINTA“-Toiletten  
14 angeboten werden. Dies kann auch jeweils über eine vorübergehende Beschriftung geschehen.

15

16 **Begründung:**

17

18 Die Jusos Hamburg erkennen an, dass es mehr als zwei Geschlechter gibt.

19 Die Bezeichnung „Damen-Toilette“ und „Herren-Toilette“ spiegeln ein veraltetes, binäres  
20 System wieder, in dem Nichtbinäre Menschen nicht gesehen werden.

21 Durch die Einführung dieser Art von Unisex-Toiletten werden Räumlichkeiten nicht nur besser  
22 genutzt, Betroffene werden auch weniger ausgegrenzt. Die SPD Hamburg geht damit einen  
23 kleinen Schritt weiter in Richtung Geschlechtergerechtigkeit.

24 Durch die Erhaltung der FINTA-Toiletten bleibt trotzdem eine Art Safespace, die derzeit  
25 Damentoiletten darstellen, erhalten.

<b>B3</b>	<i>Antragsteller*in:</i>	<i>Jusos Hamburg Nord</i>
	<i>Beschluss:</i>	<i>Annahme</i>

1 **Regelblutung ist Normalität - Kostenlose Menstruationsprodukte im Kurt-Schumacher-**  
2 **Haus**

3

4 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den SPD-  
5 Landesparteitag beschließen:

6

7 **Forderung:**

8

9 Die Landesorganisation der SPD-Hamburg wird aufgefordert, auf den Toiletten des Kurt-  
10 Schumacher-Hauses Mülleimer in allen Kabinen und Menstruationsprodukte, insbesondere  
11 Slipeinlagen, Binden und Tampons, kostenlos zur Verfügung zu stellen. Dies soll auf Toiletten  
12 aller Geschlechter geschehen.

13

14 **Begründung:**

15

16 In einer Studie von 2021 haben 91 Prozent der befragten Frauen angegeben, dass es sehr  
17 unangenehm ist, eine Binde oder einen Tampon nicht wechseln zu können, obwohl es  
18 eigentlich nötig wäre. 82 Prozent wünschen sich periodenfreundliche Toiletten und 80 Prozent  
19 der befragten Frauen wünschen sich kostenlose Menstruationsprodukte auf öffentlichen  
20 Toiletten. Die Periode ist eine der natürlichsten Sachen der Welt und sollte auch so behandelt  
21 werden. Schottland hat 2021 den Stein ins Rollen gebracht, indem ein Gesetz beschlossen  
22 wurde, welches öffentliche Einrichtungen dazu verpflichtet, kostenlose Menstruationsprodukte  
23 zur Verfügung zu stellen. Daran soll sich die SPD Hamburg ein Beispiel nehmen und  
24 menstruierende Menschen nicht dazu zwingen, beim Empfang um eine Binde oder Tampons  
25 bitten zu müssen.

26

27 Dieser kleine Schritt ist der Beginn der Enttabuisierung der Menstruation. Niemand kann sich  
28 genau aussuchen, ob oder wann man menstruiert. Es ist normal, dass die Periode ungeplant  
29 kommt, insbesondere Jugendliche haben in den ersten Jahren einen sehr unregelmäßigen  
30 Zyklus. Es müsste eine Selbstverständlichkeit sein, dass wir als progressive Partei hier  
31 Hygieneprodukte bereitstellen, ähnlich wie auch Klopapier, Seife und fließend Wasser auf  
32 Toiletten zu finden sind. Die kostenlose Bereitstellung von Menstruationsprodukten erkennt die  
33 Regelblutung als die Normalität an, welche sie ist.

<b>B4</b>	<i>Antragsteller*in:</i>	<i>Jusos Harvestehude-Rotherbaum</i>
	<i>Beschluss:</i>	<i>Annahme</i>

1 **Lehramtsstudiengang Rechtskunde**

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den SPD-  
4 Landesparteitag Hamburg beschließen:

5

6 **Forderung:**

7

8 Die SPD-Bürgerschaftsfraktion soll sich für eine Überprüfung der Möglichkeit eines  
9 Lehramtsstudiengangs Rechtskunde durch die Schulbehörde einsetzen.

10

11 **Begründung:**

12

13 Schulbildung hat den Anspruch, mündige Staatsbürger\*innen zu erziehen.  
14 Sozialdemokratische Schulbildung hat darüber hinaus den Anspruch, Chancengleichheit  
15 herzustellen. Dafür ist ein Vermitteln der Rechte, die ein(e) Staatsbürger\*in genießt elementar:  
16 Mündigkeit ist nicht gegeben ohne Teilhabe und zur Teilhabe gehört die Kenntnis der eigenen  
17 Rechte und Pflichten. Von daher führt eine eingeschränkte Kenntnis auch nur zu  
18 eingeschränkter Mündigkeit.

19

20 Ebenso ist Chancengleichheit eingeschränkt, wenn die Aufklärung über die individuellen Rechte  
21 in der Familie stattfindet, was Jugendliche aus bildungsfernen Familienverhältnissen  
22 beispielsweise auf dem Arbeitsmarkt oder als Verbraucher\*in der Gefahr von Ausbeutung  
23 schutzlos ausliefert. Aus diesem Grunde ist es erforderlich, dass zumindest eine Aufklärung  
24 über staatsbürgerliche Rechte und Pflichten im Rahmen des Schulunterrichts erfolgt.

25

26 Dies geschieht derzeit teilweise im PGW-Unterricht: Die hier stattfindende Aufklärung ist aber  
27 größtenteils auf die Grundrechte beschränkt, was zweifellos einen elementaren Aspekt darstellt,  
28 allerdings weit unzureichend ist, um auf dem Arbeitsmarkt, als Verbraucher\*in, oder in einem  
29 sonstigen Bereich des alltäglichen Lebens qualifiziert über die eigenen Rechte und Pflichten  
30 informiert zu sein. Aus diesem Umstand folgt die Notwendigkeit, der Aufklärung über juristische  
31 Themen einen stärkeren Stellenwert in der allgemeinen Schulbildung zuzuordnen. Da aber  
32 einem/r PGW-Lehrer\*in ebensowenig, wie einem/r Lehrer\*in eines anderen Faches zugemutet  
33 werden kann, sich mit unterschiedlichen Auslegungen irgendeines Rechtsgebietes  
34 auseinandersetzen, und dies im Übrigen den Unterrichtsrahmen sprengen würde, ist es keine  
35 Option Rechtskunde in ein anderes Fach zu integrieren.

36

37 Es ist selbstverständlich anzuerkennen, dass die bereits bestehende Überladung der  
38 Bildungspläne ein schwerwiegendes Problem darstellt, welches zudem aller Wahrscheinlichkeit  
39 nach mit der aktuell geplanten Reform der Curricula weiter zunehmen wird. Es ist allerdings  
40 anzuerkennen, dass die Möglichkeit eines Rechtskundefaches an Hamburger Schulen bereits  
41 in den geplanten Bildungsplanentwürfen, ebenso, wie in den aktuellen Bildungsplänen als  
42 Wahlfach vorgesehen ist, und die neuen Entwürfe bereits ein gut ausgearbeitetes Curriculum  
43 vorgesehen. Es müsste also zunächst weder die Diskussion über die Einführung eines neuen  
44 Schulfaches geführt werden, noch würde eine weitere Überfrachtung der Bildungspläne riskiert  
45 werden. In erster Linie würde es durch die Einführung eines Lehramtsstudienganges  
46 Rechtskunde mehr Schulen ermöglicht, einen solchen qualifizierten Rechtskundeunterricht, wie  
47 er in den Bildungsplänen bereits vorgesehen ist, ihren Schüler\*innen auch tatsächlich zur Wahl  
48 zu stellen.

<b>B5</b>	<i>Antragsteller*in:</i>	<i>Jusos Harvestehude-Rotherbaum</i>
	<i>Beschluss:</i>	<i>Annahme</i>

1 **Ausbau des Ombudstellensystemes der Hamburger Schulbehörde**

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den SPD-  
4 Landesparteitag Hamburg beschließen:

5

6 **Forderung:**

7

8 1. Die Zahl der Ombudsleute der Hamburger Schulbehörde an der Ombudstelle für  
9 Inklusive Bildung, notfalls durch Einstellung hauptamtlicher Ombudsleute, zu  
10 erhöhen.

11 2. Eine Öffentlichkeitskampagne über die Aufgaben, Funktionen und Zielgruppe von  
12 Ombudstellen durchzuführen.

13 3. Gegebenenfalls die Kompetenzen der Ombudsleute, um niedrigschwelliger in  
14 Gespräche mit Schule und Eltern treten zu können, zu erweitern.

15

16 **Begründung:**

17

18 Im Kontext der inklusiven Bildung verlaufen Konfliktlinien häufig zwischen Eltern und  
19 Schüler\*innen auf der einen und Schule auf der anderen Seite. Da Eltern und Schüler\*innen  
20 hier meist in einer schwächeren Position sind, insbesondere, wenn die Familien auch  
21 anderweitig sozial benachteiligt sind, brauchen sie Unterstützung, um in die Verhandlung mit  
22 der Schule treten zu können.

23

24 Zu diesem Zweck hat die Hamburgische Bürgerschaft im Jahre 2012 die Einführung einer  
25 Ombudstelle Inklusion beschlossen:

26

27 Ihre Aufgabe ist gemäß der Drucksache 20/3641 „Inklusive Bildung an Hamburgs Schulen“ vom  
28 27.03.2012 der Hamburgischen Bürgerschaft „Sorgeberechtigte mit Kindern mit  
29 sonderpädagogischem Förderbedarf in Konfliktfällen bei der Wahrnehmung ihrer Rechte  
30 unterstützen und eine kostenlose, neutrale und unabhängige Hilfe in Bildungsfragen bieten.“  
31 (a.a.O. Ziffer 5.5) Die hier arbeitenden Ombudsleute sind ehrenamtlich tätig. Ihrem achten  
32 Arbeitsbericht zufolge hat die Zahl der Beratungsfälle, die einen hohen Arbeitsaufwand  
33 erforderten kontinuierlich zugenommen, und macht die Mehrheit aller Beratungsfälle aus. Dass  
34 die Ombudstelle überlastet ist, ist hierbei offen herauszulesen.

35

36 Gleichzeitig erscheint die Zahl der 144 Beratungen, mit denen die Ombudstelle im vergangenen  
37 Jahr beschäftigt war, verschwindend gering gegenüber 12261 Schüler\*innen mit  
38 Inklusionsstatus in Hamburg im Jahr 2018. Es ist daher zu erwarten, dass die eigentliche Zahl  
39 der Konflikte um ein vielfaches höher ist, Eltern und Schüler\*innen in den meisten Fällen die  
40 Ombudstellen, ob aus Unkenntnis ihrer Existenz, oder mangelnden Vertrauens aber nicht  
41 einschalten.

42

43 Um diesem Umstand entgegenzuwirken, ist es erforderlich, durch eine  
44 Öffentlichkeitskampagne den Ombudstellen mehr Öffentlichkeit zu verleihen. Hier ist allerdings  
45 ein Dilemma zu erkennen, da dies gleichzeitig zu einer zunehmenden Überlastung der  
46 Ombudstellen führen würde.

47

48 Daher ist es erforderlich, begleitend die Personalkapazitäten der Ombudstellen auszuweiten.  
49 Ein weiteres Problem ist darin zu erkennen, dass die Ombudstellen häufig nicht in der Lage

50 sind, die tatsächliche Situation der Schüler\*innen zu verbessern, wie sich in  
51 der hohen Zahl an Fällen zeigt, die sich über mehrere Jahre hinziehen, ohne dass eine  
52 nennenswerte Veränderungen zu erkennen ist. Auch dies kann zu einem abnehmenden  
53 Vertrauen in die Ombudstellen führen. Dieser Tendenz kann nur entgegengewirkt werden,  
54 indem die Kompetenzen der Ombudstellen ausgeweitet werden, sodass das  
55 Konfliktlösungspotential erhöht wird.

<b>B6</b>	<i>Antragsteller*in:</i>	<i>Jusos Bergedorf</i>
	<i>Beschluss:</i>	<i>Annahme mit Änderungen</i>

1 **Staatliche verordnete Ausbeutung bekämpfen! Für ein faires Praktisches Jahr.**

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den  
4 Landesparteitag der SPD Hamburg und anschließend den Bundesparteitag der SPD  
5 beschließen:

6

7 **Forderung:**

8 Die SPD-Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung  
9 sollen darauf hinwirken, dass die Approbationsordnung für Ärzt\*innen mit Blick auf den § 3 IV  
10 ÄApprO bzw. § 47 ÄApprO-E dahingehend angepasst wird, dass Studierende der  
11 Humanmedizin im Praktischen Jahr eine gerechte und faire Vergütung, welche mindestens 50%  
12 des tariflichen Einstiegsgehalts für Assistenzärzt\*innen beträgt, erhalten. Die Deckelung der  
13 Geldleistungen wird gestrichen und die Verrechnung mit Sachleistungen unterbunden.

14 **Begründung:**

15 **I. Menschenwürdiges Leben muss möglich sein.**

16

17 Der letzte Abschnitt des sechsjährigen Medizinstudiums vor der ärztlichen Approbation ist das  
18 Praktische Jahr (PJ). In einem Umfang von 48 Wochen müssen Studierende drei Tertiale in  
19 der Chirurgie, Inneren Medizin und einem Wahlfach in einer Einrichtung mit Patient\*innen-  
20 Versorgung absolvieren.

21 Schon vor dem eigentlichen Berufseinstieg werden Studierende vom Drei-Schicht-System  
22 vereinnahmt: Nacht-, Wochenend- und Spätdienste sind keine Seltenheit. Die kräftezehrende  
23 Arbeit im Krankenhausbetrieb und Schichtsystem verlangt, wie man bei Mitarbeitenden der  
24 Pflege ebenfalls sehen kann, nach einer zumindest nahezu ebenbürtigen Zeit der Erholung.  
25 Dies ist wichtig, um die mentale und physische Gesundheit aufrechtzuerhalten, was dem  
26 individuellen Wohlbefinden, aber auch dem der Patient\*innen zugutekommt.

27 Dass die Studierenden sich neben ihrer vorgeschriebenen Arbeitszeit von 40 Wochenstunden  
28 zudem in der Vorbereitung auf das dritte und letzte Staatsexamen befinden, resultiert  
29 allerdings nicht unbedingt darin, dass die wenige freie Zeit als Ausgleich genutzt werden  
30 kann. Der eigentliche Sinn des PJs, eine anwendungsbezogene Vertiefung erlernter Inhalte  
31 unter Anleitung erfahrener Ärzt\*innen zu erhalten, erfordert außerdem ein gewisses Maß an  
32 Selbststudium, um möglichst geschult im Umgang mit einem breiten Spektrum an  
33 Krankheitsbildern zu sein. Doch wer hat Zeit, abends den spannenden Patient\*innen-Fall mit  
34 der seltenen Erkrankung genau unter die Lupe zu nehmen, wenn die wichtigste Prüfung des  
35 gesamten Studiums immer näher rückt?

36 Wie bei Arbeitnehmenden besteht ein Anspruch auf insgesamt 30 Urlaubstage im gesamten  
37 Jahr: Doch hierzu zählen auch sämtliche Krankheitstage. Viele PJ-Studierende sind versucht,  
38 sich ihre Urlaubstage für die Examensvorbereitung aufzusparen. Es scheint nahezu ironisch,  
39 dass das in fünf Jahren angelesene Wissen wohl genutzt werden soll, um möglichst selbst  
40 nicht krank zu werden und dies, obwohl das Krankenhaus als solches die beste Grundlage  
41 bietet, sich eine Infektionserkrankung einzuholen.

42 Dass viele Studierende in dieser Zeit klinisch oder experimentell forschen, um eine Promotion  
43 zu erlangen, verschärft die Ausgangslage außerdem zusätzlich um einiges.

44 Eine dem Lebensunterhalt dienende Tätigkeit ist somit unzumutbar, denn zusätzlich ist die  
45 größte Herausforderung noch nicht genannt: Studierende im PJ müssen nach aktuellem  
46 Stand nicht vergütet werden. Eine Studie des Hartmannbundes ergab, dass 111 von 691

Landesdelegiertenkonferenz 2022.4  
10. Dezember 2022

47 Krankenhäusern das PJ mit 0 Euro vergüten. Über 85% der Krankenhäuser  
48 vergüten es mit monatlich 0-400 Euro  
49 (<https://www.praktischerarzt.de/magazin/aufwandsentschaedigung-pj-lehrkrankenhaeuser/>  
50 zuletzt aufgerufen 26.11.2022). Dass ausgerechnet die ärztliche Approbationsordnung - die  
51 gesetzliche Grundlage - diese Ausbeutung schafft, stellt eine Bereicherung zugunsten des  
52 gewinnorientierten Gesundheitssystems dar und einem solchen Gesetz wird gern Folge  
53 geleistet.  
54 Krankenhäuser in bevölkerungsärmeren, suburbanen Strukturen locken häufig mit einer  
55 Aufwandsentschädigung für Studierende, da besonders kleine Institutionen, die vom  
56 Fachkräftemangel stärker betroffen sind als Universitätskliniken, von diesen billigen  
57 Arbeitskräften profitieren und sogar auf sie angewiesen sind. Einige Studierende treiben o.g.  
58 Umstände auch in die Schweiz, da das PJ dortzulande mit durchschnittlich 700 bis 1500  
59 Franken (580 bis 1200 Euro) vergütet wird. (<https://www.praktischerarzt.de/magazin/pj-schweiz/>  
60 zuletzt aufgerufen 26.11.2022) Die Wahl, sein PJ-Tertial nicht im nächstgelegenen Klinikum  
61 oder gar in Deutschland zu absolvieren, geschieht demnach nicht ausschließlich, aber häufig  
62 finanziell motiviert.  
63 Wer vor dem Praktischen Jahr keine ausreichenden Rücklagen schaffen konnte und ohne  
64 elterliche oder anderweitige finanzielle Unterstützung auskommt, verzichtet evtl. auf das  
65 Erfüllen des Wunsches, am Heimatklinikum von Koryphäen zu lernen. Dies treibt einen Keil  
66 zwischen Studierende, die aus verständlichen Gründen von ihrer finanziell-privilegierten  
67 Situation Gebrauch machen, nach freiem Ermessen den Standort ihres PJs wählen zu  
68 können, und jenen, die diese Privilegien nicht besitzen.  
69 Im Übrigen gelten für PJ-Studierende u.a. das Mutterschutzgesetz, das  
70 Kündigungsschutzgesetz und das Arbeitszeitgesetz nicht. ([https://www.hartmannbund.de/wp-  
71 content/uploads/2020/08/2020-05\\_I33\\_Rechtsstellung\\_PJler.pdf](https://www.hartmannbund.de/wp-content/uploads/2020/08/2020-05_I33_Rechtsstellung_PJler.pdf) zuletzt abgerufen am  
72 26.11.2022) Auch dies muss sich im Sinne des Schutzes von Arbeitnehmer\*innen und der  
73 sozialen Gerechtigkeit ändern.

## 74 75 **II. Studierende im Praktischen Jahr tragen zum Krankenhausbetrieb bei.**

76  
77 Medizinstudierende haben im PJ bereits mindestens zehn Semester erfolgreich Medizin  
78 studiert, das sog. „Physikum“ (1. Staatsexamen) und das „Hammerexamen“ (2.  
79 Staatsexamen) bestanden. Viele dieser Studierenden haben bereits selbst geforscht und ein  
80 großer Anteil besitzt Berufserfahrung in der Pflege oder im Rettungsdienst. Insbesondere  
81 haben zu diesem Zeitpunkt alle PJ-Studierende bereits drei Monate Krankenpflegepraktikum  
82 und vier Monate Famulatur geleistet.  
83 Der Tätigkeitsbereich, der das Durchführen von körperlichen Untersuchungen und  
84 Anamnesegesprächen, der Operationsassistenz, Blutentnahmen, Abstrichen und das  
85 Schreiben von ärztlichen Briefen umfasst, unterscheidet sich nicht vom Tätigkeitsprofil  
86 approbierter Ärzt\*innen in der Assistenzzeit. Auch wenn also kein Arbeitsverhältnis im  
87 engeren Sinne besteht, sieht die Realität ganz anders aus. Die miserablen Zustände in der  
88 deutschen Gesundheitsversorgung werden hierbei auf dem Rücken der Studierenden  
89 ausgetragen, denn auch pflegerische Aufgaben werden entgegen des eigentlichen  
90 Zuständigkeitsbereichs auf die unvergüteten, jungen Menschen ausgelagert.

<b>B7</b>	<i>Antragsteller*in:</i>	<i>Juso Landesvorstand</i>
	<i>Beschluss:</i>	<i>Annahme mit Änderungen</i>

1 **Ausbildungsgarantie – aber richtig!**

2

3 Die LDK der Jusos Hamburg möge beschließen und an den Landesparteitag der SPD Hamburg  
4 sowie den Bundeskongress der Jusos weiterleiten:

5

6

6 **Forderung:**

7

8 Die Mitglieder der SPD-Bürgerschaftsfraktion, die SPD-Mitglieder im Hamburger Senat, sowie  
9 die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass  
10 die geplante Ausbildungsgarantie, wie sie im Koalitionsvertrag steht, mitsamt eines sog.  
11 Zukunftsfonds, wie ihn der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern, umgesetzt wird.

12 Elemente der umlagefinanzierten Ausbildungsplatzgarantie müssen dabei auch sein:

13 1. Ein systematisches Übergangmanagement zwischen Schule und Beruf,

14 2. Förderung der Mobilität von Auszubildenden und

15 3. Bei Bedarf Schaffung außerbetrieblicher Ausbildung

16 Außerdem muss ein Umlagesystem mit einer Steuerungswirkung versehen werden, die sowohl  
17 Bedarfe von Bewerber\*innen, als auch von Industrie, Handwerk und anderen  
18 Ausbildungsbranchen berücksichtigt und so ein passendes Ausbildungsangebot schafft.  
19 Weiterhin soll bei Insolvenz des Ausbildungsbetriebs die IHH aktiv bei der Suche nach einem  
20 alternativen Ausbildungsbetrieb unterstützen und auch finanzielle Hilfe leisten.

21

22

22 **Begründung:**

23

24 Die duale Berufsausbildung erfüllt wichtige gesellschaftliche Funktionen: Sie eröffnet jungen  
25 Menschen einen Zugang zu einer qualifizierten Berufstätigkeit, senkt das Risiko von (Jugend-)  
26 Arbeitslosigkeit und bildet die Grundlage für weitere Qualifizierungen. Darüber hinaus leistet die  
27 duale Berufsausbildung auch einen wichtigen Beitrag zur Fachkräfte- und Standortsicherung.

28

29 Trotz Fachkräftemangel sind aber auch im letzten Jahr rund 230.000 junge Menschen im  
30 Übergangsbereich hängen geblieben, der keine Aussicht auf einen Berufsabschluss bietet. Nur  
31 etwa zwei Drittel aller interessierten Jugendlichen schaffen jährlich den Sprung in die  
32 Ausbildung. Zudem haben in Deutschland mehr als 2,3 Millionen Menschen im Alter zwischen  
33 20 und 34 Jahren keinen Berufsabschluss – Die Tendenz ist seit Jahren steigend. Nicht einmal  
34 mehr 20 Prozent der hiesigen Unternehmen bilden aus. Die Folge ist oft prekäre Beschäftigung  
35 oder Arbeitslosigkeit. Diese unhaltbaren Zustände dürfen wir uns nicht länger leisten und den  
36 jungen Menschen nicht länger zumuten. Darüber hinaus benötigen Arbeitgeber\*innen vom  
37 Industrieunternehmen bis zum Handwerksbetrieb um die Ecke dringend Fachkräfte, um nicht  
38 nur ihre Auftragsbücher abzuarbeiten, sondern auch in vielen Bereichen, um Klimaschutz  
39 praktisch umzusetzen. Auch im Gesundheitssektor und vielen sozialen Einrichtungen sind  
40 Nachwuchskräfte rar - mit nur schwer dimensionierbaren negativen Auswirkungen.

41

42 Eine Lösung muss daher schnell kommen, da der Ausbildungsmarkt sich offensichtlich nicht  
43 selbst regelt. Es ist begrüßenswert, dass die Ampelkoalition eine Ausbildungsgarantie in den  
44 Koalitionsvertrag aufgenommen hat. Als Jusos müssen wir aber aufpassen, dass die  
45 Bundesregierung dabei nicht auf halber Strecke stehen bleibt. Nur eine Umlagefinanzierung  
46 schafft wirksame Anreize, damit Unternehmen mehr Ausbildungsplätze bereitstellen. Als Jusos  
47 müssen wir uns hinter die Forderung des DGBs und der DGB Jugend stellen, damit aus dem  
48 Projekt der umlagefinanzierten Ausbildungsplatzgarantie keine Alibi-Garantie wird, die  
49 ausbildungsinteressierte junge Menschen im Regen stehen lässt.

<b>B8</b>	Antragsteller*in:	Juso Landesvorstand
	Beschluss:	Annahme

1 **Zukunftsfähigkeit sichern - Hochschulen stärken**

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den  
4 Landesparteitag beschließen:

5

6 **Forderung:**

7 Der Landesparteitag der SPD Hamburg fordert den Senat und die Bürgerschaft auf, ein  
8 Stabilisierungs- und Entwicklungsprogramm für den Hochschulbereich zu erarbeiten, das die  
9 Folgen der Inflation und der Energiekrise auffängt und den Hochschulen ermöglicht, zur  
10 nachhaltigen Transformation der Gesellschaft mit dem Ziel einer klimaneutralen und ökologisch  
11 verantwortbaren Entwicklung der Wirtschaft und der Gesellschaft beizutragen. Dieses  
12 Programm muss insbesondere

13

- 14 • eine mittel- und langfristige Wissenschaftsstrategie verwirklichen, die alle  
15 Hochschulaufgaben umfasst und die alle Gruppen von Hochschulmitgliedern einbezieht  
16 und aktiviert,
- 17 • durch Lehre, Studium und Weiterbildung gesellschaftlichen Wandel und  
18 Bildungsgerechtigkeit fördern,
- 19 • die Digitalisierung so zielgerichtet gestalten, dass Kooperation in Präsenz bestmöglich  
20 unterstützt wird,
- 21 • die Qualifikation von Wissenschaftler\*innen durch selbstbestimmte wissenschaftliche  
22 Arbeit in verlässlichen Beschäftigungsverhältnissen ermöglichen,
- 23 • wissenschaftliche Exzellenz mit gesellschaftlicher Verantwortung für humane  
24 Lebensbedingungen in einer nachhaltig kultivierten natürlichen Umwelt verbinden,
- 25 • die langjährige Unterfinanzierung des Hochschulbereichs schrittweise beenden.

26 **Begründung:**

27

28 Die aktuelle Inflationsrate stellt nahezu alle Gesellschaftsbereiche vor existenzielle  
29 Herausforderungen. Auch die Hamburger Hochschulen stehen damit vor einer Zeitenwende:  
30 die enorm gestiegenen Energiekosten sowie die mittel- und langfristig steigenden  
31 Aufwendungen für Personal, Ausstattung und Investitionen sprengen bereits jetzt den bisher  
32 geplanten Finanzierungsrahmen der Hochschulvereinbarungen. Die bisherigen Aufgaben und  
33 Leistungen der Hamburger Hochschulen können ohne Anpassung der finanziellen Spielräume  
34 nicht mehr erwartet werden.

35

36 Die aktuelle Kostenentwicklung lässt sich durch Einsparungen nicht auffangen. Wenn die  
37 Hochschulen die gleichen Leistungen erbringen sollen wie in der Vergangenheit, muss die  
38 finanzielle Ausstattung der Hochschulen der Tarif- und Kaufkraftentwicklung zumindest folgen.  
39 Darüber hinaus erfordern der Abbau der langjährigen Unterfinanzierung sowie zusätzliche  
40 Leistungen der Hochschulen zusätzliche Finanzmittel.

41

42 Für die Gestaltung unserer Zukunft ist der Beitrag der Hochschulen elementar. Die  
43 unabdingbare Begrenzung des Klimawandels und die dazu erforderliche gesellschaftliche  
44 Transformation sind ohne leistungsfähige Hochschulen und zukunftsweisende Beiträge der  
45 Wissenschaft nicht denkbar. Auch der Zusammenhalt der Gesellschaft und die Bewahrung  
46 humaner Lebensbedingungen können nur durch mehr Bildung, kreative Forschung,  
47 aktivierende Lehre, wissenschaftliche Weiterbildung und wirksamen Wissenstransfer

48 sichergestellt werden. Der bevorstehende Aufbruch in eine nachhaltige  
49 Zukunft setzt darum die auskömmliche Finanzierung aller Hochschulen und deren engagierten  
50 Einsatz für die nachhaltige Entwicklung aller Bereiche voraus. Das erfordert motivierende  
51 Arbeitsverhältnisse und -bedingungen gerade auch für den Nachwuchs. Qualifizierende und  
52 kritisch reflektierende Lehre setzt gute Studienbedingungen voraus. Verschlechterte  
53 Studienbedingungen treffen diejenigen am härtesten, die ein Hochschulstudium als Möglichkeit  
54 für den Aufstieg durch Bildung wählen.

55  
56 Ohne eine zukunftsweisende Weichenstellung ist die Wettbewerbsfähigkeit des  
57 Wissenschaftsstandorts Hamburg bedroht. Einsparungen betreffen insbesondere befristete  
58 Stellen und damit oft den wissenschaftlichen Nachwuchs und den Mittelbau, da ein großer Teil  
59 dieser Stellen befristet besetzt und darum kurzfristig verfügbar sind. Vor allem die befristet  
60 Beschäftigten des Akademischen Personals wären demzufolge von Einsparungen und  
61 Arbeitsplatzverlust bedroht. Auch bei den nicht befristet Beschäftigten droht der Brain Drain,  
62 wenn die Hamburger Hochschulen als Arbeitgeberinnen an Attraktivität verlieren.

63  
64 Für eine sozialdemokratischen Wissenschaftspolitik sind aber verlässliche  
65 Beschäftigungsverhältnisse des akademischen Nachwuchses und anderer Beschäftigter  
66 unverzichtbar. Kostensteigerungen dürfen deshalb keinesfalls durch die Streichung oder Nicht-  
67 Besetzung von Stellen ausgeglichen werden. Entsprechende Kürzungen führen zu einer  
68 unmittelbaren Verschlechterung nicht nur der Lehre, sondern bedrohen langfristige  
69 wissenschaftliche Kooperationen. Auch die den Wissenschaftsstandort Hamburg  
70 auszeichnende Verbundforschung ist auf stabile Vertragsbeziehungen angewiesen. Eine 2023  
71 in Kraft tretende Umsatzsteuerreform kann gerade solche Forschungsverbünde gefährden.

72  
73 Einsparungen im Personalbereich treffen immer auch die Studierenden, da viele Studierende  
74 finanziell gezwungen sind neben dem Studium an den Hochschulen zu arbeiten.  
75 Personaleinsparungen drängen darum armutsbetroffene Studierende aus diesem Bildungsweg.

76  
77 Die Gestaltung einer inklusiven, offenen, innovativen und nachhaltigen  
78 Wissenschaftslandschaft für die Stadt Hamburg ist für die Bewältigung der bevorstehenden  
79 Zukunftsaufgaben so zentral, dass sie eine aktive Gestaltung der Wissenschaftspolitik durch  
80 die Sozialdemokratie erfordert, die diese Ziele auch gegenüber dem grünen Koalitionspartner  
81 einfordern und durchsetzen muss. Es ist dringend geboten, eine mittel- und langfristige  
82 Strategie für die Stärkung der Hamburger Hochschulen zu erarbeiten offensiv umzusetzen.  
83 Forschenden, Lehrenden sowie allen Beschäftigten und Studierenden sind diese Perspektiven  
84 einer sozialdemokratischen Hochschulpolitik deutlicher als bisher zu vermitteln.

<b>B9</b>	<i>Antragsteller*in:</i>	<i>Jusos Wilhelmsburg und Juso Landesvorstand</i>
	<i>Beschluss:</i>	<i>Annahme mit Änderungen</i>

1 **Unabhängige Beschwerdestelle für Diskriminierungen an Schulen**

2  
3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den SPD-  
4 Landesparteitag beschließen:

5  
6 **Petition:**

7  
8 Die sozialdemokratischen Mitglieder von Senat und Bürgerschaft setzen sich für folgendes ein:

- 9  
10 1. Wir fordern die Schaffung einer Beschwerdestelle für diskriminierende Vorfälle im  
11 Geschäftsbereich der Behörde für Schule und Berufsbildung. Zur Sicherung einer  
12 unabhängigen Arbeit hat diese Beschwerdestelle lediglich der Rechts-, nicht aber der  
13 Fachaufsicht der BSB zu unterstehen.  
14
- 15 2. Auftrag der Beschwerdestelle ist:  
16 a. Die Aufklärung von diskriminierenden Vorfällen im Geschäftsbereich der BSB,  
17 b. Die Beratung von Betroffenen diskriminierender Vorfälle,  
18 c. Die Sanktionierung von Täter\*innen, welche im Geschäftsbereich der BSB  
19 beschäftigt sind und wiederholt durch diskriminierendes Verhalten auffallen.  
20
- 21 3. Schüler\*innen und Beschäftigte im Geschäftsbereich der BSB haben das Recht, sich im  
22 Falle einer Benachteiligung durch diskriminierendes Verhalten einer Lehrkraft oder  
23 anderweitig im Geschäftsbereich der BSB tätigen Person an die  
24 Antidiskriminierungsstelle zu wenden. Die Beschwerde ist zu prüfen und der\*die  
25 Beschwerdeführer\*in über das Ergebnis der Prüfung zu informieren.  
26
- 27 4. Zweck und Auftrag sowie Ausstattung und Verfahrensweise der  
28 Antidiskriminierungsstelle sind im Schulgesetz zu verankern. Insbesondere betrifft dies:  
29 a. Definition und Verbot von Diskriminierung sowie Verfahrensweisen und mögliche zu  
30 verhängende Sanktionen,  
31 b. Festlegung des Auftrags, der Befugnisse sowie Ausstattung,  
32 c. Festlegung einer Mitwirkungspflicht der Schulen,  
33 d. Festlegung der Rechte Betroffener,  
34 e. Die Festlegung, dass die Beschwerdestelle im Sinne der Beschwerdeführer\*innen  
35 tätig wird und versucht, eine Verbesserung ihrer Situation zu erreichen. Die  
36 Beschwerdestelle berät und unterstützt in dem Sinne parteiisch, dass eine  
37 Beschwerde nur auf einem mit der betroffenen Person erarbeiteten Weg gelöst und  
38 bearbeitet wird.  
39
- 40 5. Beschäftigte im Geschäftsbereich der BSB sowie anderer in Schulen tätiger staatlicher  
41 Stellen wie die bei SBH/GMH beschäftigten Schulhausmeister\*innen werden zum  
42 regelmäßigen Besuch von Antidiskriminierungsworkshops verpflichtet.  
43
- 44 6. Der Landesparteitag wird bis einschließlich Frühjahr 2024 durch den SPD-  
45 Landesvorstand über die Umsetzung des Antrags informiert.

46 **Begründung:**

Landesdelegiertenkonferenz 2022.4  
10. Dezember 2022

47 In Hamburg sind alle Kinder ab dem sechsten Lebensjahr schulpflichtig.  
48 Diese Schulpflicht dauert elf Schulbesuchsjahre und endet spätestens mit Vollendung des 18.  
49 Lebensjahres. In dieser Zeit sollen Kinder sowohl schulische Bildung, als auch soziale  
50 Kompetenzen vermittelt bekommen. Das umfasst ein weites Feld von Einstellungen, Werten  
51 und Verhaltensweisen. Somit nimmt die Schule eine zentrale Rolle im Leben eines Kindes ein  
52 und prägt ihn sein Leben lang.

53  
54 Gemäß § 2 Abs. 1 S. 1 Alt. 1 Hamburgisches Schulgesetz (HmbSG) richtet sich der Bildungs-  
55 und Erziehungsauftrag der Schule an den Werten des Grundgesetzes aus. Nach Art. 3 Abs. 3  
56 S. 1 GG darf niemand wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner  
57 Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen  
58 Anschauung benachteiligt oder bevorzugt werden. Trotz der Stellung und des Bewusstseins  
59 der wichtigen gesellschaftlichen Institution Schule ist Diskriminierung bei der Schulempfehlung,  
60 der Benotung und des Abschlusses grausame Realität. Letzten Endes bestimmt dies auch in  
61 vielen Fällen den sozialen Status in der Gesellschaft.

62  
63 Es ist nicht unbekannt, dass in Schulen Diskriminierung in den verschiedensten Formen  
64 existiert. Die Repräsentativbefragung der Antidiskriminierungsstelle zu  
65 Diskriminierungserfahrungen in Deutschland ergab, dass 23,7% aller Befragten in den letzten  
66 zwei Jahren Diskriminierung im Bildungsbereich erlebt haben (ADS 2016).

67  
68 Eine andere Befragung der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) von  
69 Menschen mit Migrationshintergrund aus der Türkei oder aus Sub-Sahara-Afrika zeigt, dass 6  
70 bzw. 10 Prozent der Befragten in den letzten 12 Monaten im Schulkontext Diskriminierung  
71 aufgrund ihrer Hautfarbe, ethnischen Herkunft oder Religion erlebt haben (FRA 2017).

72  
73 Das zeigt einfach auch deutlich und unmissverständlich die Missstände im Bildungssystem  
74 auf. Es ist schon lange überfällig, den betroffenen Opfern ein einfaches unbürokratisches  
75 Mittel in die Hand zu geben, um Ihre Rechte einzufordern und durchzusetzen.

76  
77 Diskriminierung hat weitreichende Folgen, die man ernst nehmen muss.  
78 Diskriminierungserfahrung im jungen Lebensalter hat einen negativen Einfluss auf die  
79 Entwicklung von Kindern. Sie schaden Kindern in ihrem Selbstwertgefühl und stellen ein  
80 großes Hindernis für eine positive Identitätsentwicklung dar. In einzelnen Fällen können  
81 Diskriminierungserfahrungen traumatisierend wirken. Dauerhaft der Gefahr von  
82 Diskriminierung ausgesetzt zu sein, kann sich also auf die Gesundheit der Betroffenen  
83 auswirken, aber auch auf das Verhältnis zur direkten sozialen Umgebung, das eigene  
84 Sicherheitsgefühl und das Verhältnis zu politischen Institutionen.

85  
86 Die Soziologen Quent, Daniel Geschke und Peinelt (2014) diskutieren, dass Erfahrungen von  
87 Betroffenen rechter und rassistischer Gewalt sich auch nachteilig auf das soziale Umfeld  
88 auswirken. Sie zeigen auf, dass von Betroffenen verschiedene Vermeidungsstrategien  
89 verwendet bzw. in Erwägung gezogen werden. Das Vertrauen in staatliche Institutionen (z.B.  
90 Polizei, Gerichte) sei geringer als bei Nicht-Betroffenen. Genau deswegen ist der Kampf  
91 gegen die Diskriminierung für die Demokratie überlebenswichtig. Um diesem beunruhigenden  
92 Trend entgegenzuwirken, benötigt es eine Beschwerdestelle.

<b>B10</b>	Antragsteller*in:	Jusos Eimsbüttel
	Beschluss:	Annahme

1 **BAföG Chance für alle!**

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den  
4 Landesparteitag der SPD Hamburg und zur anschließenden Weiterleitung an den  
5 Bundesparteitag der SPD beschließen:

6

7 **Forderung:**

8

9 Die SPD wird dazu aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass ein erstmaliger BAföG-  
10 Anspruch nie verloren geht. Ein Fachrichtungswechsel, wenn zuvor keine BAföG-Förderung  
11 beantragt, soll keine Rolle im Anspruch auf die Förderung spielen. Deshalb sollen die Punkte  
12 unter § 7 Absatz 3, bei erstmaligem BAföG-Antrag, nicht angewandt werden, sodass bei  
13 einem Erstantrag jeder Studiengang wie ein Erststudium gefördert wird.

14

15 **Begründung:**

16

17 Der Zugang zum BAföG ist vielen Studierenden immer noch erschwert. Viele wissen über  
18 maßgebliche Regelungen des BAföG nicht Bescheid. So ist es, dass viele irrtümlicherweise  
19 denken, das BAföG ließe sich aufschieben. Dies kann dazu führen, dass bei einem zu spät  
20 erfolgten Fachrichtungswechsel der Förderungsanspruch entfällt, obwohl Bafög noch nie von  
21 der Studierendenperson bezogen wurde. Ab einem Fachrichtungswechsel nach Beginn des 4.  
22 Fachsemesters sind unabwiesbare Gründe vorzulegen. Als unabweisbarer Grund gilt: „Eine  
23 eintretende Behinderung oder schwere Erkrankung, die dazu führen, dass die Ausbildung  
24 objektiv nicht mehr durchgeführt werden kann und/oder die Ausübung des angestrebten  
25 Berufs nicht mehr möglich ist.“  
26 ([https://www.studentenwerke.de/de/content/fachrichtungswechsel-aus-unabweisbarem-  
27 grund#:~:text=Eine%20eintretende%20Behinderung%20oder%20schwere,2%20BAf%C3%B6  
28 G.\(21.11.2022\)](https://www.studentenwerke.de/de/content/fachrichtungswechsel-aus-unabweisbarem-grund#:~:text=Eine%20eintretende%20Behinderung%20oder%20schwere,2%20BAf%C3%B6G.(21.11.2022))) Besonders in Großstädten wie Hamburg, wo einige Studiengänge  
29 Zulassungsbeschränkungen haben und die Mietpreise hoch sind, kann es vorkommen, dass  
30 der Start in einen Studiengang, der die berufliche Zukunft bestimmt, als Zweitstudium  
31 angefangen wird und die BAföG Förderung auch erst dann benötigt wird.  
32 Wir sind der Ansicht, dass jeder einen Anspruch auf BAföG haben sollte. Jeder hat zumindest  
33 eine Chance verdient, gefördert zu werden.

<b>B11</b>	Antragsteller*in:	Jusos Hamburg-Nord
	Beschluss:	Annahme

1 **Freifahrtschein für die Demokratie – Kostenlosen ÖPNV an Wahlen einführen**

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den SPD-  
4 Landesparteitag beschließen:

5

6 **Forderung:**

7

8 Die SPD-Bürgerschaftsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass in Hamburg  
9 der öffentliche Personennahverkehr an Tagen, an denen Europa-, Bundestags-,  
10 Bezirksversammlungs- und Bürgerschaftswahlen stattfinden, kostenlos nutzbar ist.

11

12 **Begründung:**

13

14 Wahlen sind die zentralen Grundpfeiler der demokratischen Grundordnung in Deutschland. Bei  
15 den Europa-, Bundestags-, Bezirksversammlungs- und Bürgerschaftswahlen stellen die  
16 Bürger\*innen für einige Stunden den Souverän und entscheiden dabei über die zukünftige  
17 Machtverteilung in unseren Parlamenten.

18

19 Oberstes Ziel einer jeden demokratischen Gesellschaft ist es, dass sichergestellt wird, dass alle  
20 wahlberechtigten Bürger\*innen unter denselben fairen Bedingungen von ihrem Wahlrecht  
21 Gebrauch machen können. Darüber hinaus besteht aber auch ein großes Interesse daran, dass  
22 möglichst viele Bürger\*innen ihr Wahlrecht auch wahrnehmen.

23

24 Demokratien leben einzig und alleine von der regen Beteiligung ihrer Bürger\*innen, als  
25 Kandidat\*innen oder als Wähler\*innen. Doch die Zahl der Menschen, die ihr Wahlrecht nicht  
26 wahrnehmen, wird seit Jahren größer. Die Ursachen dafür sind vielfältig und nicht einfach aus  
27 der Welt zu schaffen. Dennoch stellt eine große Anzahl an Nichtwähler\*innen eine Gefahr für  
28 demokratische Gesellschaften dar. Dies haben wir zuletzt am Beispiel von Italien gesehen.  
29 Durch eine niedrige Wahlbeteiligung ist dort, das erste Mal seit dem Ende des zweiten  
30 Weltkriegs, wieder eine faschistische Regierung an der Macht.

31

32 Armuts- und Wahlforscher\*innen kommen übereinstimmend zu der Erkenntnis, dass von Armut  
33 Betroffene, also Arbeitslose und Menschen mit geringerem Einkommen, wesentlich seltener  
34 von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen als Angehörige von wohlhabenden Gruppen. Vor den  
35 80er Jahren war die Wahlbeteiligung noch relativ gleichmäßig über alle gesellschaftlichen  
36 Gruppen verteilt. 2017 wählten hingegen in wohlhabenden Wohngebieten fast 90 Prozent der  
37 Wahlberechtigten, in armen Gegenden meist nicht mal die Hälfte der Menschen. Individuelle  
38 Ressourcen sind ausschlaggebend für die Wahlbeteiligung – und diese sind unterschiedlich  
39 verteilt.

40

41 Mit einem kostenlosen ÖPNV an Wahlen wird man das Problem der wachsenden  
42 Nichtwählerschaft nicht lösen können, es ist aber ein wichtiger Schritt Wahlen attraktiver und  
43 zugänglicher zu machen. Außerdem wird mit einem kostenlosen ÖPNV auch die Bedeutsamkeit  
44 von Wahlen für unsere Demokratie unterstrichen und Wahlhelfer\*innen und  
45 mobilitätseingeschränkten Menschen wird der Weg zum Wahllokal vereinfacht. Bei den  
46 diesjährigen Parlamentswahlen in Israel war der ÖPNV landesweit kostenlos und die  
47 Wahlbeteiligung so hoch wie seit über 20 Jahren nicht mehr.